

# Ein regionaler Putz-Riese entsteht

HEILBRONN/NEUENSTEIN Die Gebäudereiniger T. Kramer und RTS haben sich zusammengeschlossen

Von unserem Redakteur  
Heiko Fritze

Die beiden größten regionalen Unternehmen der Gebäudereiniger-Branche gehen zusammen: Die T. Kramer GmbH mit Sitz in Heilbronn-Böckingen und die RTS Gebäudereinigung GmbH mit Sitz in Neuenstein (Hohenlohekreis) kooperieren seit Monatsbeginn. Das teilte RTS jetzt mit. Dadurch entsteht das größte Unternehmen für Facility Management in der Region Heilbronn-Franken: Zusammen kommen alle Standorte auf etwa 2500 Mitarbeiter.

RTS-Firmengründer Günther Schmöller (71) gibt demnach die Geschäftsführung an Ralf Kramer, geschäftsführender Gesellschafter von T. Kramer, und dessen Prokuristen Rüdiger Holzäpfel ab und zieht sich nach 32 Jahren in der ersten Reihe mit zukünftig beratender Funktion in die zweite Reihe zurück. Der neue Geschäftsführer der RTS Gebäudedienstleistungen am Hauptsitz Neuenstein ist Patrick König. Alle weiteren Personalien im Innen- und Außendienst bleiben unverändert, wird mitgeteilt. Beide Firmen agieren weiterhin in eigenen Namen.

**Spektrum** RTS wurde 1989 als Gebäude- und Industriereinigungs-Meisterbetrieb in Neuenstein von Günther Schmöller gegründet. 1996 wurde der Standort in Schwäbisch Hall eröffnet, im Jahr 2002 folgte die Niederlassung in Crailsheim, ein Jahr später Heilbronn. Im Jahr 2007 erhielt RTS die Zulassung für Personal-Dienstleistungen. 2008 wurde der bislang jüngste Standort in Rosenberg im Neckar-Odenwald-Kreis eröffnet. Das Spektrum umfasst neben Gebäude-, Fassaden- und Glasreinigung, Grünanlagenpflege oder Winterdienst auch Maschinen- und Lüftungsanlagen-Reinigungen und Hausmeisterservice. Zudem bietet RTS Dienste in der Logistik an. In Schwäbisch Hall kümmert sich das Unternehmen außerdem um den Hol- und Bringservice im Diakonien-Krankenhaus.



Die Firma Kramer ist der größte Gebäudereiniger im Raum Heilbronn. Nun hat sie sich mit dem Marktführer in Hohenlohe, RTS mit Sitz in Neuenstein, zusammengeschlossen.

Foto: Archiv/Kramer

## Weitere große Betriebe in der Region

Neben T. Kramer und RTS sind weitere große Reinigungsunternehmen in der Region tätig. Abgesehen von Niederlassungen deutschlandweit tätiger Konzerne sind darunter auch einige hiesige Familienunternehmen. So ist die Firma **Edgar Zwirn** mit Sitz in Bad Rappenau-Obergimpeln seit 1990 eine feste Größe nicht nur im Kraichgau. Das Unterneh-

men mit mehr als 250 Beschäftigten wird mittlerweile in der zweiten Generation geführt.

Noch nicht einmal zehn Jahre alt ist **Jay-Cool** mit Sitz in Gemmingen. Ursprünglich spezialisiert auf Kühlthekenreinigung, hat sich das Unternehmen auf Dienstleistungen rund um den Lebensmittel-Einzelhandel konzentriert

und ist inzwischen auch in Benelux, Frankreich, Österreich und Ungarn tätig. Vergangenes Jahr wurde ein neuer Firmensitz bezogen. Beschäftigt werden etwa 200 Mitarbeiter.

Die Firma **Dietz** mit Sitz in Güglingen-Frauenzimmern besteht seit 1998 und beschäftigt ebenfalls etwa 200 Mitarbeiter. frz

## Zielvorgaben für Ladesäulen gefordert

**BRÜSSEL** Die europäische Autoindustrie warnt die EU vor einer von unzureichenden Infrastrukturinvestitionen begleiteten Verschärfung von Kohlendioxid-Grenzwerten. Für jeden weiteren Prozentpunkt der Zielverschärfung benötige man zusätzlich mindestens 200.000 weitere öffentliche Ladepunkte für Elektrofahrzeuge – über die bereits erforderlichen drei Millionen Stück im Jahr 2030 hinaus“, sagte der BMW-Chef und Präsident des europäischen Autoherstellerverbands Acea, Oliver Zipse, der Deutschen Presse-Agentur in Brüssel.

So würde nach Berechnungen der EU-Kommission zum Beispiel eine weitere Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um minus 50 Prozent bereits rund sechs Millionen öffentliche Ladepunkte erfordern. „Mit heute weniger als 225.000 Stück müsste das einer Steigerung um den Faktor 27 in weniger als zehn Jahren entsprechen“, sagte Zipse. Es gehe nun darum, nicht nur ambitionierte Klimaschutzziele zu formulieren, sondern mit verbindlichen Vorgaben für mehr Ladeinfrastruktur gleichzeitig eine entscheidende Grundlage für deren Erreichen zu schaffen. dpa

## Kurz notiert

### Corona-Prämie bei Kärcher

**WINNENDEN** Der Reiniger-Hersteller hat seinen Beschäftigten erneut eine Corona-Prämie von bis zu 625 Euro gezahlt. Bereits im Dezember hatte das Unternehmen bis zu 875 Euro ausgeschüttet. Mit insgesamt 1500 Euro hat Kärcher damit seiner Belegschaft das Maximum an steuer- und sozialversicherungsfreier Corona-Prämienzahlung zukommen lassen. Teilzeitbeschäftigte bekamen den Betrag anteilig, Auszubildende und Praktikanten 312,50 Euro und Aushilfskräfte 125 Euro. Alleine in Deutschland seien drei Millionen Euro ausgezahlt worden, hieß es. frz

### Unklarheiten um Fabrik

**FRICKENHAUSEN** Der Bau der geplanten Batteriefabrik des chinesischen Herstellers und Daimler-Zulieferers Farasis in Bitterfeld-Wolfen könnte nochmals auf den Prüfstand kommen. Das Unternehmen teilte gestern auf Anfrage mit, man überarbeite seine europaweite „Lokalisierungsstrategie“. Hierbei gehe um die Entscheidung, welche Batteriezellen wo produziert würden. Fragen dazu, inwiefern sich der Bau der geplanten Fabrik in Sachsen-Anhalt damit verzögern oder ob die Errichtung des Werks gekippt werden könnte, ließ das Unternehmen unbeantwortet. Es hieß lediglich, Bitterfeld sei nach wie vor Bestandteile „potenzieller Lokalisierungsstrategien“. dpa

### EU-Digitalsteuer auf Eis

**BRÜSSEL** Die EU-Kommission hat Pläne auf Eis gelegt, Tech-Giganten wie Google, Amazon, Apple und Facebook stärker zur Kasse zu bitten. Hintergrund ist jedoch nicht, dass Konzerne geschont werden sollen. Grund des vorläufigen Stopps einer EU-Digitalabgabe seien die Bemühungen, eine globale Mindeststeuer einzuführen, sagte ein Kommissionssprecher gestern in Brüssel. Die Digitalabgabe sollte eigentlich auch die Corona-Hilfen der EU mitfinanzieren. dpa

### Suezkanal mit Rekord

**KAIRO** Trotz der tagelangen Blockade durch das Containerschiff „Ever Given“ hat der Suezkanal in der ersten Hälfte dieses Jahres einen Rekordumsatz erzielt. Zwischen Januar und Juni hätten mehr als 9700 Schiffe die Wasserstraße durchfahren und damit rund 200 mehr als im Vorjahreszeitraum, teilte die Kanalbehörde mit. In diesem Zeitraum habe die Behörde einen Umsatz von rund drei Milliarden Dollar (2,5 Mrd Euro) erzielt – ein Anstieg von 8,6 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2020. dpa

## Wasserstoff-Zug fährt auf Zollernalbbahn

**HECHINGEN** Pünktlich abgefahren, etwas zu spät angekommen: Mit einer Premierenfahrt am Montag ist erstmals in Südwesten ein Wasserstoffzug in einen fahrplanmäßigen Einsatz gestartet. Der Zug Coradia iLint der Firma Alstom soll nach Angaben der Netzbetreiberin, der landeseigenen Südwestdeutschen Landesverkehrs-AG, voraussichtlich bis Ende Februar vor allem zwischen Sigmaringen, Hechingen und Eyach unterwegs sein. Was fehlt, ist

ein Betrieb vor Ort, der den Treibstoff für den Zug herstellen könnte.

Nach Angaben des Verkehrsministeriums wird der Wasserstoff für den Probetrieb des Regionalzugs daher von der Firma Air Liquide per Lastwagen geliefert. Dieser ist zwar als „grün“ zertifiziert, wird also mit erneuerbaren Energien hergestellt, aber letztlich auf der Straße an sein Ziel transportiert. Weil ein erster Lieferant während der Probephase nicht ausreichend Lastwagen bereit-

halten konnte, verzögerte sich das Projekt um gut zweieinhalb Monate.

In anderen Bundesländern waren Wasserstoffzüge schon fahrplanmäßig in Betrieb, im Südwesten ist das Projekt eine Premiere. Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) bezeichnete die Technologie als „moderne Antwort auf Dieselloks“. Dass die Bahnen, die ausschließlich Wasserdampf ausstoßen, ohne Abgase und leiser fahren, sei „ein Plus für die Anwohner“. dpa

## Brexit: Wettlauf um Fische

**OSLO** Der Brexit führt einem Bericht zufolge zu einem Wettlauf um Heringe und Makrelen zwischen Norwegen und Großbritannien. Hintergrund ist demnach das Scheitern der Gespräche zwischen London und Oslo über den Zugang zu den Küstengewässern des jeweils anderen Landes im Frühjahr. Die beiden Fischarten wandern im September in britische Gewässer ab. Deswegen versuchten nun norwegische Fischer, so viel wie möglich im August

zu fangen, obwohl die Fische eigentlich zu jung seien, berichtete der norwegische Sender NRK am Montag. Fischereiminister Odd Emil Ingebrigtsen bedauerte die Entwicklung. Sie sei „eine indirekte Folge“ des EU-Austritts Großbritanniens, berichtete NRK. Großbritannien hat mit dem Brexit auch die Gemeinsame Fischereipolitik der EU verlassen. Damit wollte London nach eigenen Angaben die einheimische Fischwirtschaft beleben. dpa

# EU-Klimapläne: Metaller wollen fairen Wandel

Gewerkschaft befürchtet Jobverluste bei Radikalumbau der Autoindustrie

**FRANKFURT** In der Diskussion um die europäischen Klimaziele verlangt die IG Metall einen fairen Umgang mit den Beschäftigten in der deutschen Automobilindustrie. In einem Grundsatzpapier zeigt sich die größte deutsche Einzelgewerkschaft zwar grundsätzlich überzeugt von den Klimazielen der Bundesregierung und der Europäischen Union, die insbesondere einen schnelleren Umstieg auf Elektromobilität bedeuteten. Aber: „Die Politik kann sich nicht auf die Zielvorgaben beschränken, sie muss die Voraussetzungen der Zielerreichung schaffen“, heißt es in dem Expertenpapier „Fit for 55“, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt.

**Reduktion** Die EU-Kommission will an diesem Mittwoch ihr Gesetzentwurf mit dem Titel „Fit for 55“ vorlegen, mit dem die Treibhaus-



Mitarbeiter des Opel-Werks in Eisenach bei der Fertigung. Die IG Metall schlägt mit Blick auf die EU-Klimaziele für die Mitarbeiter der Autoindustrie Alarm.

Foto: dpa

gas-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent reduziert werden sollen. Davon betroffen sein werden zahlreiche Richtlinien und Verordnungen zu Luftfahrt, Bodennutzung, Gebäude-

sanierung oder eben zum Autoverkehr.

Neben technologischen Feldern wie der Lade-Infrastruktur, dem Ausbau erneuerbarer Energien, ei-

ner europäischen Batterieproduktion und der Nachfragestimulation sehen die Metaller politischen Handlungsbedarf zum Schutz der Beschäftigten. In den bisherigen Strukturen von Fahrzeugbau, Autohandel und nachgelagerten Services seien in Deutschland bis zum Jahr 2040 zusammen bis zu 900.000 Arbeitsplätze gefährdet. Am härtesten könnte es die Zulieferer treffen, bei denen einschließlich der ohnehin zu erwartenden Rationalisierungseffekte schon im Jahr 2030 rund 44 Prozent der Jobs wegfallen könnten.

**Unterstützung** Die Lösung der Beschäftigungsprobleme sieht die IG Metall in der zusätzlichen Qualifizierung der Mitarbeiter. Dazu müsse unter anderem das bisherige Kurzarbeitergeld zu einem Transformations-Kurzarbeitergeld entwickelt

werden, um damit Weiterbildungen zu ermöglichen. Mit einer regionalen Strukturpolitik müssten die existierenden Standorte umgebaut und gesichert werden.

**Sanfter Übergang** Die IG Metall spricht sich dafür aus, dass auch weiterhin Hybrid-Fahrzeuge als Übergangstechnologie steuerlich gefördert werden. Mit Hybrid-Fahrzeugen machen insbesondere deutsche Fahrzeughersteller gute Geschäfte. Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung hatte die Gewerkschaft zunächst sehr kritisch gesehen, weil sie finanzielle Nachteile für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen befürchtete. In dem Expertenpapier heißt es nun: „Mittelfristig sollte der CO<sub>2</sub>-Preis sozialverträglich angeho-